

# Viele Bürger stellen kritische Fragen

Von Arndt Hoppe

**RAHDEN (WB).** Selten ist ein Ausschuss der Stadt Rahden von so vielen interessierten Bürger verfolgt worden, wie die Sitzung am Mittwoch (25. September). Der Grund: Auf der Tagesordnung stand das Thema Windkraft und speziell die Pläne für den Nutteler Bruch.

„Ich bin überwältigt von dem großen Interesse“, sagte Ausschussvorsitzender Christian Krüger, der die etwa 150 Zuhörer in der Aula des Gymnasiums begrüßte.

Zunächst informierte Bauamtsleiter Dieter Drunagel, dass die Bezirksregierung Detmold den „Regionalplan Wind“ ab dem 1. Oktober im Internet freischalten werde. Dann beginne die öffentliche Beteiligungsphase. Diese sei voraussichtlich im Sommer 2025 abgeschlossen und der Plan dann rechtskräftig.

Bis dahin könnten Investoren von Windkraftanlagen beim Kreis Minden-Lübbecke einen Einzelantrag stellen. „Ein solcher Antrag muss noch nicht entscheidungsfähig sein, um berücksichtigt zu werden, sondern nur prüf- und beteiligungsfähig.“

Eine Planung seitens der Stadt, die einen Ausschluss zum Ziel hätte, sei nicht zulässig. „Das wäre eine rechtswidrige Verhinderungsplanung“, erklärte Drunagel. Einen Antrag auf Positivplanung im Nutteler Bruch und Kleindorf hatte die Rahdener Windenergie Gesellschaft (RWP) im Juni gestellt. Auf den Flächen sollte demnach die 2H-Regel gelten, also ein Mindestabstand der doppelten Höhe der Windräder, was 450 Meter entspräche.

Die Stadtverwaltung schlägt nun vor, noch kein Verfahren auf Positivplanung einzuleiten, sondern vorher ein städtebauliches Entwicklungskonzept für das gesamte Rahdener Stadtgebiet aufzustellen. „Darin könnten auch einheitliche Abstände für Windräder geregelt werden“, sagte Dieter Drunagel.

## Einwohnerfragen sehr detailliert

Dass sich viele Bürger intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt haben, wurde während der Einwohnerfragestunde deutlich. Warum-Fragen waren in der Sitzung aber eher nicht zu beantworten. So wollte eine Zuhörerin wissen: „Warum plant die Stadt so nah an einem Wohngebiet?“ Bürgermeister Honsel



Anwohnerin Ingrid von Mitzlaff



Siegfried Prote, Vorsitzender der BI Gegenwind Rahden-Ost, stellt eine Frage, die unbeantwortet bleibt.



Die große Zahl von Zuhörern belegt, wie sehr das Thema Windkraft im Nutteler Bruch viele Menschen in Rahden bewegt. Etwa 150 Bürgerinnen und Bürger sind in die Aula des Gymnasiums gekommen, um die Bauausschusssitzung zu verfolgen. Viele nutzten die Gelegenheit der Einwohnerfragestunde für Fragen an Verwaltung und Politik.

Fotos: Arndt Hoppe

sel betonte daraufhin ausdrücklich: „Die Stadt will gar nicht. Es ist ein Antrag der RWP, den wir der Politik zur Beratung vorlegen. Wir planen da gar nichts.“

Siegfried Prote, Vorsitzender der Bürgerinitiative Gegenwind Rahden Ost, richtete eine Frage direkt an Ausschussmitglied Sven Reimers, der auch Gesellschafter der RWP ist. Dieser hatte sich zu Beginn der Sitzung für befanden erklärt, weshalb er nicht an der Beratung teilnehmen werde. So blieb Protes Frage unbeantwortet: „Warum möchte die RWP Windkraft- räder bis 450 Meter an Wohnbebauung bauen?“

Der Bürgermeister sagte: „Laden Sie die RWP mal zu sich ein. Ich kann Ihnen die Frage nicht beantworten.“ Maic Menz von der „Bürgerinitiative gegen Positivplanung Nutteler Bruch“ sagte: „Es ist völlig verkehrt, dass wir auf die RWP zugehen sollen.“ Es sei schade, dass dies von deren Seite noch nicht geschehen sei.

## Kritik an der RWP

Ein weiterer Bürger erinnerte daran, dass Christian Oberbeck von der RWP an dem Infoabend versprochen habe, es werde nur in einer Nachbarschaft der Akzeptanz gehen. „Ich weiß nicht, ob er mit der Nachbarschaft nur die Grundstückseigentümer gemeint hat“, sagte der Anlieger.

Ein Anlieger wollte wissen, was es zur Folge hätte, wenn die städtischen Grundstücke im Nutteler Bruch nicht zur Verfügung ständen. „Das entscheidet der Projektierer“, sagte Dieter Drunagel. Es gehe bei der Positivplanung nicht um konkreten Standorte, sondern um Flächen.

»Ich gehe von einem Konzept mit Mindestabstand 1000 Meter aus.«

Bürgermeister Bert Honsel

Maic Menz wollte wissen, wie verhindert werden solle, dass die Altlasten auf dem städtischen Grundstück der alten Deponie an die Oberfläche gerieten und die Umwelt belasten, wenn dort ein Windrad gebaut werde. „Fragen wie diese müssen im Verfahren geklärt werden, spätestens im Augenblick eines Einzelantrags“, erklärte Dieter Drunagel.

BI-Mitglied Birgit Klockenbrink sagte, die Windkraft-Investoren würden sehr großen Profit machen. „Wer so viel

Profit macht, kann auch Abstandsregeln in Kauf nehmen.“ Sie stellte die Frage: „Was ist schützenswerter: der Investor oder die Bürger der Stadt Rahden?“

## Abstände und Einzelanträge

Bürgermeister Honsel sagte: „Ich verstehe die Anliegen voll und ganz.“ Deshalb würden sich die Fraktionen auch mit dem Entwicklungskonzept für Windkraftanlagen befassen. „Kernpunkt werden die Abstände sein. Das werden wir dort besprechen.“ Anliegerin Ingrid von Mitzlaff wollte wissen, welche Wirkung ein solches Konzept hätte. Honsel antwortete: „Ich gehe von einem Konzept mit Mindestabstand 1000 Meter aus.“ Bewirken könnte dies, „dass über den Zeitpunkt Sommer 2025 hinaus keine Positivplanung beschlossen wird.“ Dann seien danach keine Einzelanträge mehr genehmigungsfähig. „Aber ein Einzelantrag, der vorher gestellt wird, kann nicht verhindert werden. Das weiß jeder Investor. Ich erzähle hier keine Staatsgeheimnisse.“

Zur Frage zur Zeitschiene erklärte Bert Honsel, es werde im November oder Dezember über das Konzept abgestimmt. Das Thema Positivplanung sei noch weit weg. Eine Bürgerin wollte wissen: „Hat die Stadt Vorverträge mit der RWP?“ Dazu kam von Honsel ein klares: „Nein.“

Unbeantwortet blieb die Frage, ob man der Stadt nicht andere Grundstücke im Stadtgebiet anbieten könnte, wo der Abstand eingehalten würde. „Dann wäre allen gehalten. Es bringt Geld in die Kasse und allen Bürgern wäre geholfen“, sagte Anliegerin Kerstin Oetting.

## Das sagt der Ausschuss

Nach der Fragestunde kamen die Ausschussmitglieder noch zu Wort. Horst-Wilhelm Bruhn (SPD) wollte wissen, was das Erstellen eines Konzeptes kosten würde. „Das wird im kleinen vierstelligen Bereich liegen“, antwortete Bert Honsel. Es werde auf keinen Fall so teuer wie das Gutachten zu den Vorrangflächen, damals sei es ein sechsstelliger Betrag gewesen.

Sven Jark (BKR) bekräftigte seine Position, dass 450 Meter Abstand indiskutabel seien. „Die RWP sollte sich nicht als grüne Samariter aufspielen.“ Ihr gehe es einzig und allein um Profit. Gerhard Jäkel (Grüne) sagte: „Ob es Recht ist oder nicht: Ein Windrad in



Bauamtsleiter Dieter Drunagel erläutert den Verwaltungsvorschlag zur Steuerung der Windkraftnutzung in Rahden.

450 Meter Abstand würde ich auch nicht wollen. Es geht nur, wenn die Bürger beteiligt werden.“ Sein Parteifreund Manfred Krämer dagegen erntete wenig Gegenliebe als er vom St.-Florians-Prinzip sprach („Nicht in meinem Vorgarten“, Anm. der Redaktion). „Wir brauchen die Energiewende“, sagte er.

zwei Enthaltungen für den Vorschlag der Verwaltung, zunächst ein Konzept aufzustellen. Die Erarbeitung und Beschlussfassung dieses städtebaulichen Konzeptes soll vor der Beratung und Entscheidung über Anträge auf Positivplanung für die Windkraftnutzung erfolgen.

## Aktuell keine Einzelanträge

Eine Frage von Bürgern, die im Ausschuss von der Stadt nicht beantwortet werden konnte, war, ob schon Einzelanträge auf Windkraftanlagen beim Kreis Minden-Lübbecke eingegangen sind. „Zurzeit liegt dem zuständigen Umweltamt des Kreises kein solcher Antrag vor“, erklärte Kreis-sprecherin Mirjana Lenz am Mittwoch (25. September) auf Anfrage dieser Zeitung.



Birgit Klockenbrink von der Bürgerinitiative gegen Positivplanung Nutteler Bruch



Das Thema bewegt viele in Rahden: das zeigen die vollen Zuhörerreihen in der Aula.